

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, den 14.09.2007, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, Zi. 570)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:29 Uhr**

	Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1. Bericht der Verwaltung	5
2. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2007 <b>097/2007</b>	7
3. Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf <b>090/2007</b>	8
4. Änderung der Gebührensatzung für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelhygiene <b>092/2007</b>	9
5. Regelung über die Gewährung von Bürgschaften <b>098/2007</b>	10
6. Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Änderung des Vertrages mit der Agentur für Arbeit Ahlen <b>076/2007</b>	11
7. Teilnahme am Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit" <b>079/2007</b>	12
8. Änderung der Richtlinien für die Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf <b>101/2007</b>	13
9. Landschaftsplan "Telgte"-Satzungsbeschluss <b>082/2007</b>	14

<b>10.</b>	Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V.	<b>086/2007 und 086/2007/1</b>	<b>15</b>
<b>11.</b>	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	<b>107/2007</b>	<b>19</b>
<b>12.</b>	Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Kommunal- und Bundestagswahl im Jahr 2009	<b>102/2007</b>	<b>20</b>
<b>13.</b>	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.07.2007 zu den Tarifverhandlungen für Angestellte innerhalb und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe	<b>099/2007</b>	<b>22</b>
<b>14.</b>	Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2007 - Ausschöpfung der Eingliederungsmittel nach dem SGB II - Verteilung der Wohngeldeinsparungen des Landes NRW - Förderung der Arbeitslosenberatungseinrichtungen	<b>077/2007</b>	<b>23</b>

## Anlagen

Anlage 1	Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Warendorf
Anlage 2	Satzung zur Änderung der Satzung des Kreises Warendorf über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelhygiene vom 12.12.2006
Anlage 3	Regelung des Kreises Warendorf über die Gewährung von Bürgschaften, die unter die De-minimis-Verordnung fallen (Bürgschaftsregelung)
Anlage 4	Entwürfe der Neufassung des ARGE-Vertrages sowie der Nebenabrede zum ARGE-Vertrag
Anlage 5	Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zu den Tarifverhandlungen für Angestellte innerhalb und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe (TOP 13)
Anlage 6	Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zur Ausschöpfung der Eingliederungsmittel nach dem SGB II und der Verteilung der Wohngeldeinsparungen des Landes NRW und Förderung der Arbeitslosenberatungseinrichtungen (TOP 14)

**Anwesend:**

Vorsitz	
Gericke, Olaf Dr.	
Mitglieder des Kreisausschusses	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Hild, Karl-Wilhelm	
Juli, Reimund	
Kaup, Winfried	
Krause, Winfried	
Kreft, Peter	
Müller, Eckehard	
Northoff, Robert	Vertretung für Herrn Franz-Josef Busch- kamp
Ommen, Detlef	
Samson, Bernhardine	Vertretung für Herrn Hans-Rüdiger Stei- ner
Strautmann, Klaus Dr.	
Tünste-Poschmann, Hildegard	
Wartala, Franz-Jörg	
Wiemann, Norbert	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Funke, Stefan Dr.	
Hansen, Peter Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Burgdorf, Marc-André	
Kampelmann, Norbert	
Rogoski, Nicole	

**Es fehlten entschuldigt:**

Mitglieder des Kreisausschusses
Buschkamp, Franz-Josef
Steiner, Hans-Rüdiger

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Presse und fünf Auszubildende der Kreisverwaltung mit ihrem Ausbildungsleiter Herrn Wißling.

Frau Samson, die in dieser Wahlperiode erstmals an einer Sitzung des Kreisausschusses teilnimmt, wird durch Landrat Dr. Gericke vereidigt und zur Ehrenbeamtin ernannt.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 31.08.2007 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Im Nachgang zur Einladung wurde mit Schreiben vom 10.09.2007 eine Ergänzungsvorlage zu der Vorlage Nr. 086/2007 zum Thema "Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland-Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V." übersandt.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

## I. Öffentlicher Teil

### 1. Bericht der Verwaltung

- **Dienstvereinbarung über Leistungsentgelte für die Beschäftigten der Kreisverwaltung Warendorf**

➤ LR Dr. Gericke:

Ende Juli 2007 habe er mit dem Personalrat die Dienstvereinbarung über Leistungsentgelte für die Beschäftigten der Kreisverwaltung abgeschlossen. Damit sei der Weg für eine leistungsorientierte Bezahlung der tariflich Beschäftigten in der Kreisverwaltung frei.

Es sei vereinbart worden, dass im laufenden Jahr alle tariflich Beschäftigten ein Leistungsentgelt bekämen. Am Jahresende erhielten sie deshalb 12% ihres Tabellenentgeltes für den Monat September als Leistungsprämie.

Im Jahr 2008 werde das Leistungsentgelt zu 50% vom Ergebnis einer individuellen Leistungsbewertung abhängen. Die zweite Hälfte des Leistungsentgeltes werde auch im Jahr 2008 noch nach einer pauschalen Regelung gezahlt.

Erst 2009 werde das Leistungsentgelt ausschließlich von den individuellen Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abhängen.

Vielleistende würden am Jahresende mehrere Hundert oder sogar Tausend Euro mehr in ihrem Portemonnaie haben. Beschäftigte, deren Leistungen sich verbessern müssten, erhielten das Signal, dass mehr von ihnen erwartet werde.

Die Leistungen würden systematisch über einen Zeitraum von 12 Monaten bewertet. Für die Kreisverwaltung neu sei, dass in jedem Fall die unmittelbaren Führungskräfte die Leistungsbewertung fertigten.

Bezogen auf die Arbeit würden Qualität, Menge und Wirtschaftlichkeit der Arbeit bewertet werden. Genauso wichtig sei aber auch das Verhalten der Beschäftigten. Wie die Beschäftigten mit ihren Kolleginnen und Kollegen und ihren Führungskräften zusammenarbeiteten, wirke sich auch auf die Arbeitsergebnisse aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten den Menschen und Unternehmen im Kreis fair, offen und freundlich begegnen.

Da das Tarif- und Beamtenrecht derzeit noch unterschiedliche Wege gingen, könne das vorgestellte System der leistungsorientierten Bezahlung nicht auf die Beamten übertragen werden.

Die Beamtinnen und Beamten erhielten hingegen Leistungsprämien und –zulagen nach dem Beamtenrecht.

Nach einem Jahr werde die Verwaltung im Kreisausschuss über erste Erfahrungen mit der leistungsorientierten Bezahlung berichten.

- **Auflösung der Ausweg gGmbH**

➤ LR Dr. Gericke:

Die Ausweg gGmbH befinde sich in der Liquidation. In der letzten Sitzung der Gesellschafterversammlung sei u.a. die Liquidations-Schlussrechnung beschlossen worden.

Daraus habe sich ein Finanzvermögen in Höhe von 133.057,42 € ergeben.

Aus diesem Vermögen erhielten zunächst die Gesellschafter ihre gezeichneten Anteile in Höhe von insgesamt 35.000 €. Der Restbetrag in Höhe von 98.057,42 € falle nach dem Gesellschaftsvertrag an den Kreis Warendorf und müsse für gemeinnützige Zwecke im Haushalt verwendet werden.

Zuweisungen sollen daher die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und die AIDS-Hilfe Ahlen e.V. erhalten.

2.	<b>Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2007</b>	<b>097/2007</b>
----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

1. Die in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die dem Kreistag zur Kenntnis zu bringen sind, werden zur Kenntnis genommen.
2. Den in der Anlage zur Sitzungsvorlage aufgeführten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die der Zustimmung des Kreistages unterliegen, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

3.	<b>Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Kreises Warendorf</b>	<b>090/2007</b>
----	---	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Allgemeine Gebührensatzung des Kreises Warendorf wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



4.	<b>Änderung der Gebührensatzung für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelhygiene</b>	<b>092/2007</b>
----	--	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Fleisch- und Geflügelhygiene wird in der als Anlage 2 beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**5. Regelung über die Gewährung von Bürgschaften****098/2007****Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage 3 beigefügte Bürgschaftsregelung des Kreises Warendorf wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>6.</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Änderung des Vertrages mit der Agentur für Arbeit Ahlen</b>	<b>076/2007</b>
-----------	--	-----------------

➤ KD Dr. Börger:

Drei wesentliche Aspekte kennzeichneten die Änderung des Vertrages mit der Agentur für Arbeit Ahlen:

1. Die Stärkung der Geschäftsführung.
2. Die Änderung der Abstimmungsmöglichkeit in der Trägerversammlung. Nach der Neufassung sei der Landrat deren Vorsitzender. Bei Stimmengleichheit würde die Stimme des Vorsitzenden, also des Landrates, entscheiden.
3. Die Abrechnung der Personal- und Sachkosten nach KGSt-Richtlinien.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Grundlage der als Anlage 4 beigefügten Entwürfe den Vertrag über die Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gem. § 44b SGB II sowie die Nebenabrede zu § 14 des ARGE-Vertrages mit der Agentur für Arbeit Ahlen zu schließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>7.</b>	<b>Teilnahme am Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit"</b>	<b>079/2007</b>
-----------	--	-----------------

➤ KD Dr. Börger:

Die Landesregierung habe einen Fonds mit etwa 10 Mio. Euro geschaffen, um Maßnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus finanziell bedürftigen Familien bei der Mittagsverpflegung zu fördern. Dies gelte für Ganztagschulen des Primarbereichs und der Sekundarstufe I.

Der Kreis Warendorf sei als Schulträger der Astrid-Lindgren-Schule betroffen.

Es sei geplant, dass sich der Kreis mit 0,50 € täglich pro Kind an der Mittagsverpflegung beteilige. Das Land übernehme einen Anteil von 1,00 € täglich pro Kind. Die Kindeseltern würden dann 1,00 € täglich für das Mittagessen ihres Kindes zahlen.

➤ Herr Hild:

Es sei grundsätzlich richtig, dass sich das Land in diesem Bereich engagiere und der Kreis sich beteilige. Eigentlich sei dies jedoch eine staatliche Aufgabe und müsse vollständig aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

**Beschlussvorschlag:**

Die Teilnahme am Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit" wird befürwortet.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>8.</b>	<b>Änderung der Richtlinien für die Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf</b>	<b>101/2007</b>
-----------	---	-----------------

➤ KD Dr. Börger:

Die Vertreter der Krankenhäuser hätten den Wunsch geäußert, allesamt Mitglieder in der Gesundheitskonferenz zu werden. Wegen der besonderen Bedeutung der Krankenhäuser solle dem Wunsch entsprochen werden.

### **Beschlussvorschlag:**

§ 2 der Richtlinien für die Kommunale Gesundheitskonferenz im Kreis Warendorf wird geändert und lautet künftig wie folgt:

Der Kommunalen Gesundheitskonferenz gehören an:

- 1 Vertreter/Vertreterin der AG Wohlfahrtsverbände
- 1 Vertreter/Vertreterin der Ärztekammer Westfalen-Lippe
- 1 Vertreter/Vertreterin der Zahnärztekammer Westfalen-Lippe
- 1 Vertreter/Vertreterin der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe
- 1 Vertreter/Vertreterin der Ärztevereine
- 1 Vertreter/Vertreterin der Praxisnetze der Ärzte im Kreis Warendorf
- 1 Vertreter/Vertreterin der Apothekenkammer
- je ein Vertreter/Vertreterin der Krankenhäuser gem. § 18 KHG NRW im Kreis Warendorf
- 1 Vertreter/Vertreterin der Selbsthilfegruppen im Kreis Warendorf
- 2 Vertreter/Vertreterinnen der gesetzlichen Krankenkassen, Ersatzkassen, privaten Krankenversicherungen und Pflegekassen
- 1 Vertreter/Vertreterin der Rentenversicherungsträger/Unfallversicherungsträger
- 1 Vertreter/Vertreterin der stationären Einrichtungen der Pflege
- 1 Vertreter/Vertreterin der ambulanten Dienste
- 1 Vertreter/Vertreterin der PSAG
- je ein Mitglied der im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen
- der Landrat oder ein von ihm bestellter Vertreter mit beratender Stimme

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

**9. Landschaftsplan "Telgte"-Satzungsbeschluss****082/2007**

## ➤ LR Dr. Gericke:

Der Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Uhlenberg, habe ihm kürzlich mitgeteilt, dass es auch in Zukunft aufgrund von EU-Vorgaben weiterhin eine Landschaftsplanung geben werde.

## ➤ Herr Hild:

Die Erarbeitung im Fachausschuss und mit den Interessenten vor Ort sei lobenswert. Seitens der Verwaltung habe immer eine Kooperationsbereitschaft mit den Betroffenen bestanden, um zu Lösungen zu finden.

## ➤ Herr Dr. Strautmann:

Es sei bekannt, dass er dem Thema Landschaftsplan nicht immer positiv gegenüberstehe.

Aber er möchte an dieser Stelle ein großes Lob an den Leiter des Amtes für Planung und Naturschutz, Herrn Müller, für die pragmatischen Lösungen, die er mit Betroffenen gefunden habe, aussprechen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.
2. Der Landschaftsplan "Telgte" wird gemäß § 16 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz - LG) NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 04.07.2007 (GV.NRW.S. 226ff) i.V.m. § 5 und § 26 Abs.1 Buchstabe f) der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 in der z.Z. gültigen Fassung als Satzung beschlossen. Die Beschlussvorlage der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken und die Strategische Umweltprüfung (SUP) ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>10.</b>	<b>Zusammenschluss der Aktion Münsterland und der Münsterland Touristik zum Verein Münsterland-Marketing e.V.</b>	<b>086/2007 und 086/2007/1</b>
------------	---	--

➤ LR Dr. Gericke:

Die Verwaltung habe eine geänderte Vorlage zur Sitzung nachversandt.

Es sei ein hochkomplizierter und langwieriger Prozess, aus zwei Institutionen eine zu machen. Sicherlich gebe es in der vorliegenden Satzung einige Punkte, die kritisch gesehen werden könnten. So könne beispielsweise ein Vorstand seiner Ansicht nach selbst keinen Wirtschaftsplan beschließen. Das gehöre in die Mitgliederversammlung. Dennoch sollte die Satzung zunächst beschlossen werden, um eine Ausgangslage zu schaffen. In einer späteren Revision könne die Satzung dann unter Umständen nachgebessert werden. Es sei bei der Größe eines solchen Vereins mit über 60 Gebietskörperschaften schwierig, jeden seinem Wunsch entsprechend zu beteiligen. Der Vorstand sei nun vergleichsweise schlank gehalten.

Bei der Mitgliederversammlung stelle sich ein ähnliches Problem. Die Ländräte der Münsterlandkreise hätten sich darauf verständigt, drei Plätze je Kreis zu vergeben, um dem politischen Ehrenamt gerecht zu werden.

➤ Herr Hild:

Er sei dankbar, dass die Verwaltung die Hinweise aus der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Umwelt und Planung so schnell aufgenommen habe. Er könne sich hingegen nicht vorstellen, dass bei einer höheren Mitgliederzahl nicht effektiv gearbeitet werden könne und auf das Wissen des politischen Ehrenamtes verzichtet werden sollte. Er stimme überein, dass es eine schwierige Geburt gewesen sei, aber durch eine Modifizierung der Satzung könne man im Laufe der Zeit auch zu anderen Ergebnissen kommen.

Er ergänze den Beschlussvorschlag wie folgt:

Der Kreisausschuss / Kreistag appelliert an den Vorstand des Vereins "Münsterland-Marketing e.V.", das politische Ehrenamt bei der Einrichtung von Arbeitskreisen angemessen zu berücksichtigen.

Mit der Arbeit in den Facharbeitskreisen könne das politische Ehrenamt den Vorstand zielgerichtet unterstützen.

➤ Herr Ommen:

Es sei sicherlich unstrittig, dass das Zusammenführen zweier Organisationen zu einer ein schwieriger Prozess sei. Aber die SPD-Fraktion halte es für problematisch, wenn Vorstand und Mitgliederversammlung wie derzeit vorgesehen besetzt würden, und könne den Vorschlag nicht mittragen. Das politische Ehrenamt müsse stärker berücksichtigt werden.

In der Aktion Münsterland sei die Politik deutlich vertreten. Dies vermisse die SPD-Fraktion bei dem neuen Verein. Diese Diskussion sei nicht neu, sondern hätte bereits im vergangenen Jahr geführt werden können. In einer Mitgliederversammlung könne nicht so intensiv diskutiert werden, weil sie zu groß sei. Er habe die Bitte, nochmals in die Gremien hineinzutragen, dass auch das Ehrenamt – und nicht nur die Verwaltung – vertreten sein müsse.

Der Appell von Herrn Hild sei sicherlich richtig, und könne auch mitgetragen werden, er reiche aber nicht aus.

➤ KD Dr. Börger:

Rein rechtlich müssten die Organe in die neuen Strukturen integriert werden. Die Münsterland-Touristik habe einen größeren Vorstand favorisiert. Die Aktion Münsterland wolle hingegen einen kleinen Vorstand. Jetzt sei der Vorstand mit neun Mitgliedern ausverhandelt und es bestehe auf beiden Seiten Einvernehmen, keine weiteren Gremien einzurichten. Es gebe einen schlanken Vorstand mit vier Facharbeitskreisen, denen eine große Bedeutung beigemessen werde.

Seit eineinhalb Jahren versuche man nun alle Interessen und Meinungen unter einen Hut zu bringen.

Alle Räte, die bislang einen Beschluss gefasst hätten, hätten mit breiter Mehrheit zugestimmt.

➤ Herr Hild:

Auch die CDU-Fraktion finde sich nicht in allen Punkten wieder. Es wäre jedoch nicht schön, wenn die zweitgrößte Kraft im Kreis Warendorf sich zu Beginn verweigern würde.

➤ Herr Juli:

Dies sei ein Thema, das alle stark berühre. In der Sache stimmten alle weitgehend überein, nämlich, dass das Organ effektiv arbeiten solle. Aber das politische Ehrenamt müsse sich in den Strukturen wiederfinden.

Dem Zusatzantrag der CDU-Fraktion könne man zustimmen, aber es gelte, auch ein Zeichen in die Region zu setzen. Der schwierigen Zusammenführung müsse trotzdem eine Chance gegeben werden, daher werde sich die SPD-Fraktion der Stimmen enthalten, den weiteren Prozess aber konstruktiv begleiten.

➤ Herr Müller:

Auf die Diskussion im Fachausschuss, dass das politische Ehrenamt nicht hinreichend berücksichtigt sei, sei dankenswerterweise schnell reagiert worden. Die Ausführungen von Herrn Ommen seien jedoch nicht ganz nachvollziehbar. Es sei klar, dass das politische Ehrenamt nicht im Vorstand vertreten sein könne. Nun sei es in der Mitgliederversammlung vertreten und durch den Beschlussvorschlag der CDU-



Fraktion auch in den Arbeitskreisen. Er vermisse konkrete Vorschläge, wo die SPD-Fraktion das politische Ehrenamt noch vertreten sehen möchte.

➤ Herr Ommen:

In der Aktion Münsterland gebe es vergleichbare Strukturen mit dem Kuratorium.

➤ Herr Wiemann:

Wünschenswert sei, möglichst viele Entscheidungen von vielen Mitgliedern mitzutragen. Aber es sei unmöglich, alle zu berücksichtigen.  
Der Vorschlag der CDU-Fraktion werde ausdrücklich begrüßt.

Herr Hild benennt für die CDU-Fraktion in die Mitgliederversammlung:  
Herrn Karl-Wilhelm Hild und als Stellvertreter Herrn Eckhard Müller.

Herr Juli benennt für die SPD-Fraktion in die Mitgliederversammlung:  
Herrn Detlef Ommen und als Stellvertreter Herrn Norbert Wiemann.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Gründung des Vereins Münsterland-Marketing e.V. durch Verschmelzung der Aktion Münsterland e.V. und der MÜNSTERLAND TOURISTIK Grünes Band e.V. wird zugestimmt.  
Den vorliegenden Entwürfen des Verschmelzungsvertrages, der Satzung und der Beitragsordnung des Münsterland-Marketing e.V. wird ebenfalls zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

12 Ja 4 Enthaltungen

2. In die Mitgliederversammlung werden entsandt:
  - a) Landrat Dr. Olaf Gericke; Stellvertreter: Kreisdirektor Dr. Heinz Börger
  - b) Karl-Wilhelm Hild; Stellvertreter: Eckehard Müller
  - c) Detlef Ommen; Stellvertreter: Norbert Wiemann

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

3. Der Kreisausschuss / Kreistag appelliert an den Vorstand des Vereins "Münsterland-Marketing e.V.", das politische Ehrenamt bei der Einrichtung von Arbeitskreisen angemessen zu berücksichtigen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen**

**11. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien****107/2007****Beschlussvorschlag:**

Herr Franz-Jörg Wartala wird für Herrn Carl Holtermann als Mitglied in den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung bestellt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>12.</b>	<b>Antrag der FWG-Kreistagsfraktion zur Kommunal- und Bundestagswahl im Jahr 2009</b>	<b>102/2007</b>
------------	---	-----------------

➤ Herr Wiemann:

Presseberichten sei zu entnehmen gewesen, dass es Überlegungen gebe, die Kommunalwahlen von der Bundestagswahl abzukoppeln.

➤ Herr Hild:

Die CDU-Fraktion sehe die Situation völlig anders. Aus rechtlicher Sicht müsse der Bundespräsident festlegen, wann die Bundestagswahl stattfinde. Die Kommunalwahl hingegen müsse spätestens vier Wochen vor Ende der Wahlperiode erfolgen. Die Kommunalpolitiker sollten außerdem den Anspruch haben, dass ihre Arbeit gesondert gewürdigt werde.

➤ Herr Juli:

Diese Resolution komme von einer Fraktion, der kein politisches Kalkül unterstellt werden könne. Sicherlich sei die Mobilisierung der Wähler bei einer Verknüpfung der Wahlen höher. Der Aufwand für diesen Wahlmarathon sei nicht nur eine Frage der Kosten, sondern auch der Akzeptanz. Bei der Landratswahl habe die Wahlbeteiligung bei etwa 30% gelegen. Diesem Rückgang müsse entgegengetreten werden. Das Wahlvolk sollte nicht im 8-Wochen-Takt zur Wahl gebeten werden. Daher unterstütze die SPD-Fraktion den Antrag. Er sei der Meinung, dass die Kommunalpolitik selbstbewusst genug sei, um einen gemeinsamen Wahltermin durchzuführen.

➤ Herr Müller:

Die Akzeptanz der Wähler liege nicht daran, ob mehrere Wahlen stattfänden, sondern inwieweit die Bürger sich betroffen fühlten. Mündigen Bürgern möge er keine Politikverdrossenheit unterstellen.

Aus rechtlicher Sicht sei man verpflichtet, bestimmte Wahltermine einzuhalten. Selbst bei einem gleichen Wahltermin müssten dennoch unterschiedliche Wahlkämpfe geführt werden.

➤ LR Dr. Gericke:

Die Frage, ob immerhin an sich eigenständige Wahlen zusammengeführt werden sollen, sollte von niemandem nach parteipolitischem Kalkül beantwortet werden. Politische Stimmungslagen könnten sich schnell anders entwickeln als heute noch angenommen. Bei der Wahl im Jahr 1999 habe es auf Bundes- und Kommunalebene einen identischen Wählerkreis gegeben. Dies sei jetzt nicht mehr der Fall. Im Ergeb-

nis meine auch er, dass eine Resolution nicht sinnvoll sei. Jeder Wahl solle die ihr zukommende Bedeutung auch zugestanden werden.

➤ Herr Dr. Strautmann:

Die Kosten sollten nicht überbewertet werden. Es sollte auch an die Menschen gedacht werden, die einen Wahlkampf auf die Straßen brächten und aktiviert werden müssten. Er sehe das Thema eher kritisch, aber nicht aus parteitaktischen Überlegungen. Daher werde er sich der Stimme enthalten.

➤ Herr Juli:

Er verwahre sich dagegen, dass die SPD-Fraktion die Wähler für dumm halte, indem ihnen bei einem Wahltermin unterstellt würde, Bundes- und Kommunalpolitik nicht unterscheiden zu können, wenn die SPD-Fraktion der Resolution zustimme.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt  
Ja 5 Nein 10 Enthaltung 1

13.	<b>Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 13.07.2007 zu den Tarifverhandlungen für Angestellte innerhalb und außerhalb öffentlicher Schlachthöfe</b>	<b>099/2007</b>
-----	---	-----------------

➤ Herr Juli:

Die Fraktionsvorsitzenden hätten das Schreiben von Verdi Mitte Juli erhalten. Es gehe der Fraktion um Sachstandsaufklärung.

Herr Dr. Funke beantwortet die Anfrage (Anlage 5).

<b>14.</b>	<b>Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2007</b> <b>- Ausschöpfung der Eingliederungsmittel nach dem SGB II</b> <b>- Verteilung der Wohngeldeinsparungen des Landes NRW</b> <b>- Förderung der Arbeitslosenberatungseinrichtungen</b>	<b>077/2007</b>
------------	---	-----------------

KD Dr. Börger beantwortet die Anfrage (Anlage 6).

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10.29 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke  
Landrat

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer